Abend-Ausgabe

70. Jahrgang. № 300 — Dienstag, 29. Juni 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schlechte Aussichten des Fürstenkompromisses

Die Widerstände gegen die übertriebenen Forderungen der Sozialisten.

Die Umwandlung der belgischen Bahn in eine Gesellschaft. — Geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Um das Fürstenkompromiß.

Berlin, 29. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung steht die zweite und dritte Lesung des Fürstengesetzes. Die zweite Lesung dürfte kaum einen anderen Verlauf nehmen, als die Ausschußberatungen. Die dritte Lesung steht zwar auf der Tagesordnung, wird aber vor Freitag nicht stattfinden. Bis dahin wird noch weiter eine Einigung gesucht werden. Die Mittelparteien haben den Sozialdemokraten weitere Konzessionen gemacht, die diese aber noch nicht befriedigen. Allerdings scheint in der sozialdemokratischen Fraktion eine Spaltung zu bestehen. Ueber die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wurde spät in der Nacht noch folgende Mitteilung ausgegeben:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag abend in mehrstündiger Sitzung mit dem Fürstenabfindungsgesetz, ohne mit den Beratungen schon zu Ende zu kommen. Die Fraktion wird morgen mittag ihre Beratungen über die einzelnen Paragraphen fortsetzen, da es sich in der zweiten Lesung im Plenum ja um die Einzelberatung der Paragraphen handelt. Die Unterhändler der Fraktion sind beauftragt worden, mit den übrigen Fraktionen weiter zu verhandeln. Die endgültige Entscheidung wird die Fraktion erst vor der dritten Lesung treffen, die nach einer bereits mit anderen Parteien getroffenen Vereinbarung erst am Freitag stattfinden wird.

Der „Vorwärts" berichtet über die gestrige Fraktionssitzung: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm den Bericht ihrer Mitglieder im Rechtsausschuß über das Ergebnis der dort geführten Beratungen entgegen. An den Bericht knüpfte sich eine längere Aussprache. Die Fraktion hält den vorliegenden Gesetzentwurf für ungenügend und behält sich ihre endgültige Stellung vor.

Der Sozialdemokratische Pressedienst berichtet noch: Vor der Fraktionssitzung verhandelten die Vertreter der Sozialdemokratie in zwei Konferenzen nochmals mit den Regierungsparteien. Die sozialdemokratische Forderung auf Rückwirkung des Gesetzes, soweit Vergleiche zwischen den Fürstenhäusern und den Landesregierungen bereits abgeschlossen sind, wurden von den Regierungsparteien abgelehnt. Dagegen kamen sie der Forderung auf entschädigungslosen Fortfall aller Renten der ehemaligen Standesherren insofern entgegen, als **ein Teil dieser Rente entschädigungslos wegfallen soll. Bei einem anderen Teil beabsichtigt man, dem Sondergericht die Entscheidung zu überlassen.** In bezug auf die geforderte Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen wurde der Sozialdemokratie zugestanden, daß ein Ausschluß nur bei „Gefährdung der Sittlichkeit" erfolgen soll.

Vorläufig besteht trotzdem noch die Möglichkeit, durch neue Verhandlungen wesentliche Verbesserungen des Regierungsentwurfs herbeizuführen, aber dieser Weg kann unseres Erachtens nur erfolgreich beschritten werden, wenn die Regierungsparteien von sich aus entschlossen sind, Zugeständnisse zu machen, die über das bisherige „Entgegenkommen" weit hinausgehen. Im anderen Falle dürfte der sozialdemokratischen Fraktion nichts anderes übrig bleiben, als dem Regierungsentwurf in seiner jetzigen Form die Zustimmung zu versagen.

Von volksparteilicher Seite wird erklärt, daß bei den heute angesetzten neuen Besprechungen der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten die sozialdemokratischen Vertreter selbstverständlich versuchen würden, noch weitere Zugeständnisse zu erlangen, denn der ergebnislose Verlauf der gestrigen Fraktionssitzung beweise, daß auf der Grundlage der bisherigen Verhandlungen die Zustimmung der Fraktion noch nicht zu erzielen ist. Es fragt sich aber sehr, heißt es weiter, ob die Sozialdemokraten mit weiteren Zugeständnissen rechnen können. In den Kreisen der Regierungsparteien hat man Entgegenkommen bewiesen, um eine parlamentarische Lösung der Streitfrage im Interesse der Sache zu ermöglichen. **Die Bayrische Volkspartei hat aber schon gegen die bisherigen Zugeständnisse Bedenken geäußert und auch der Deutschen Volkspartei sind die Konzessionen keineswegs leicht gefallen. In diesen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Grenze jetzt erreicht ist.** Man wird sich deshalb von den heutigen Verhandlungen einen positiven Erfolg nur dann versprechen können, wenn die Sozialdemokraten sich mit dem bisherigen Entgegenkommen der Regierungsparteien zufriedengeben. Hiernach wären die Aussichten für das Zustandekommen des Fürstenabfindungsgesetzes recht schlecht. Eine bestimmte Voraussage läßt sich aber bei der Geneigtheit der Mittelparteien, den Sozialdemokraten Konzessionen zu machen, nicht abgeben.

Neue Forderungen der Sozialisten.

(Durch Funkspruch.)

Berlin, 29. Juni. Bei den Verhandlungen der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten in der Fürstenabfindungsfrage haben die Sozialdemokraten eine Reihe von neuen Forderungen gestellt. Wie das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, **haben die Regierungsparteien es aber abgelehnt, über den Rahmen der bisher gewährten Zugeständnisse hinauszugehen.** Es wird bei dieser Sachlage in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß bei der heutigen zweiten Beratung der Vorlage im Plenum eine ganze Reihe von Paragraphen abgelehnt werden, da nicht anzunehmen ist, daß die Sozialdemokraten wie im Rechtsausschuß Stimmenthaltung üben werden.

*

Berlin, 29. Juni. Die Dienstagsitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dauerte eine Stunde. Wie wir hören, wurden nur die Anträge besprochen, die die Fraktion zur zweiten Lesung der Fürstenabfindungsvorlage einbringen wird. Wegen der Gesamthaltung der Fraktion zu der Vorlage wurde noch kein Beschluß gefaßt. Die Fraktionsberatung wird nach Beendigung der Plenumssitzung fortgesetzt werden, aber auch dann ist noch keine endgültige Stellungnahme zu erwarten, da die Fraktion diese erst vor der dritten Lesung am Freitag treffen wird.

Geringe Besserung der Lage der Post im Mai.

Berlin, 28. Juni. Nach dem von der deutschen Reichspost soeben veröffentlichten Monatsbericht für Mai 1926 ist gegenüber April eine geringe Steigerung des Verkehrs zu verzeichnen. Nach Abschluß des deutsch-französischen Luftverkehrsabkommens ist der Luftpostverkehr mit Frankreich auf der Linie Berlin—Essen—Köln—Paris—Berlin aufgenommen worden. Die Beförderungsdauer zwischen Berlin und Paris verkürzt sich dadurch von 22 auf 8¼ Stunde. Der Fernsprechverkehr mit London konnte um einige Stunden erweitert werden. Das für den deutsch-holländischen und den deutsch-englischen Fernsprechverkehr bestimmte Fernkabel Mülheim (Ruhr), Arnheim ist in Betrieb genommen worden. Der Zugang an Rundfunkteilnehmern hat im Mai etwas nachgelassen. Insgesamt waren Ende Mai 1 261 734 Teilnehmer angemeldet. Der Zugfunkverkehr ist auf sämtliche D-Züge der Strecke Berlin—Hamburg ausgedehnt worden. **Die Finanzlage der deutschen Reichspost bleibt weiter sehr gespannt, obwohl die Maieinnahmen etwas höher waren als die Aprileinnahmen.** Maßnahmen zur Verringerung der Ausgaben sind eingeleitet worden. (WTB.)

1 749 000 Arbeitslose.

Berlin, 29. Juni. **Auf dem Arbeitsmarkt ist in der zweiten Hälfte des Juni keine wesentliche Aenderung eingetreten. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen hat sich von 1 420 000 auf 1 419 000 ermäßigt, die der weiblichen von 324 000 auf 330 000 erhöht. Es ist also eine Erhöhung von 0,3 Proz. eingetreten bei einer Gesamtzahl der Arbeitslosen von 1 749 000.**

Das neue Algeciras.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, den 14. Juni.

Neue Kolonien zu bekommen, wird immer schwerer; Frankreich kann in Marokko ein Lied davon singen: seit über zwanzig Jahren hat es damit seine liebe Not und wenig Freude. Die Mulay Hafid und Abd el Krim sind noch das wenigste; gegen die hat man ja die deutschen Regimenter in der Fremdenlegion und die schwarzen Hilfskörper. Aber die Mannesmänner, der Keid Mac Lean und die anderen Leute mit „Interessen": das ist das schlimmste! Das kostet Verhandlungen und — Konzessionen.

Italien hat sich als marokkanischer Interessent gemeldet, laut und vernehmlich; zwei Gründe führt es für die „Gerechtigkeit" seines Standpunktes an: man hat es nicht eingeladen, an der internationalen Verfassung von Tanger mitzuarbeiten, obwohl in Versailles ausdrücklich die Signatarmächte von Algeciras (ohne die „Besiegten") als dafür zuständig bezeichnet worden waren. Wenn manche italienische Zeitungen, sogar der „Corriere della Sera", heute im Eifer des Gefechts Tanger für eine „Mittelmeer-Angelegenheit" erklären, so ist das natürlich nur die Folge mangelhaften Geographieunterrichts. Das Rif dagegen ist zweifellos ein Teil der Mittelmeerküste und gehört demnach zur „Interessensphäre" des neurömischen Imperiums. Briand aber hat in der Kammer sehr bestimmt erklärt (und der „Temps" unterstreicht es natürlich gebührend), die Neuregelung des Rif gehe niemand etwas an außer Frankreich und Spanien; er fügte allerdings noch hinzu, er freue sich, daß gleichzeitig die Besprechungen mit Italien über einige Fragen von gemeinsamem Interesse in freundschaftlichstem Tone verliefen, und auf französischer Seite werde man an diesem Tone festhalten.

Höchst amüsant zu sehen, wie nun Italien und England, beide gleich hungrig auf den marokkanischen Knochen, eins den andern vorschieben, den ersten Schritt zu tun! Die Londoner Presse behauptet, Italien habe bereits offiziell seine Ansprüche angemeldet; in Paris wie in Rom wird das amtlich dementiert, aber der offiziöse „Popolo di Roma" antwortete Briand doch schon recht deutlich: das sei also der Dank für Italiens „kluge und freundschaftliche Zurückhaltung"! Risum teneatis, amici!

Gemach; es wird kein römischer „Panther" gen Westen fahren, es wird auch kein italienisches Marokko geben. Die faschistische Presse wird nur die „kluge und freundschaftliche Zurückhaltung" aufgeben und im Abruzzenton daherreden, bis — Frankreich anderswo eine Konzession locker macht. Nicht umsonst spricht man in den italienischen Blättern neuerdings immer wieder von Kamerun und Togo; Marokko läßt sich so herrlich mit der schon genugsam bekannten Mandatsforderung Italiens verquicken. Darum weist man ja auch ausgerechnet in diesen Tagen erneut nach, „wie Italien verraten ward", nämlich 1916 von Lloyd George und Clemenceau, die, um Italien nach dem Zusammenbruch des Zarismus bei der Stange der Entente zu halten, ihm in St. Jean de Maurienne (neben dem vielen anderen, was sie noch gar nicht besaßen) Smyrna versprochen hatten, wo übrigens noch seit dem Kaiser Konstantin kein Italiener etwas zu suchen gehabt hat! Später faßte sie die Reue und sie hetzten Venizelos nach Kleinasien; Italien ging leer aus. Daß die damaligen Leiter Italiens deshalb nicht sofort entsprechend Krach gemacht haben (siehe auch das oben berührte Tanger-Abkommen), kann ihnen der Faschismus nie vergessen; deshalb sind die Namen Orlando und Nitti heute verflucht, und man sucht emsig nach Gelegenheiten, den lieben Alliierten dieses „schreiende Unrecht" unter die Nase zu reiben.

Diese Gelegenheit scheint nun gekommen, und vor unseren Augen entwickelt sich der schönste Kuhhandel; Briand wird „festbleiben" und besonders auf das geheime Mittelmeer-Abkommen von 1902 zwischen Prinetti und Delcassé hinweisen (dessen erste Fühler, wie wir seit dem vorigen Jahre wissen, sogar bis zum Dezember 1901 zurückreichen; Bernhard v. Bülow merkte es aber erst 1906), wonach ja Italien für Marokko, Frankreich für Tripolis sein Desinteressement aussprach! Darüber wird man sich einige Wochen in der Presse noch etwas streiten, und dann wird man in Paris sehen, welche der deutschen Kolonien man wohl am ehesten entbehren könne; die wird man der lateinischen Schwester mit edelmütiger Rührung hinhalten und ihr gleich darauf um den Hals fallen. Unsicher ist nur, ob diese ganze Komödie noch vor der Ratstagung im September zu Ende gespielt sein wird; unsicher auch, welche Rolle England bei der ganzen Sache spielen wird, ob es Italien offen unterstützt oder lieber allein vorgeht, da sein Interesse an der künftigen Gestaltung der Rifküste gegenüber von Gibraltar doch wesentlich greifbarer ist. Ihm kann Briand auch nicht gut ein Stückchen deutsche Kolonie anbieten; dagegen könnte es den Anglo-Amerikanern in der Frage der Dawes-Revision entgegenkommen.

Man sieht, irgendwo sind auch wir immer wieder in der ganzen Sache dabei, aber nur als zahlendes Mitglied nach dem Willen unserer „Unterzeichner": eine Reichsregierung, die hier — in Genf oder anderswo — einen greifbaren Vorteil nach Hause zu bringen vermöchte, würde ihre innere Mäßigung (!) an den Tag legten, dürfen mit Recht annehmen, daß die Vereinigten Staaten ihre früheren Waffengefährten zum mindesten mit derselben Rücksicht behandeln werden. **Wir brauchen eigentlich unseren Verbündeten nichts zu zahlen, so lange die uns zugefügten Schäden und Verwüstungen nicht behoben sind, und auch nachher brauchen wir Amerika nur so weit zu bezahlen, als wir selbst von Deutschland bezahlt werden.**

Die französische Regierungserklärung.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 29. Juni. Nach der Agentur Havas wird die heute nachmittag im Parlament zu verlesende programmatische Erklärung der Regierung umfangreich sein und für eine Finanzsanierung verbunden mit einer Politik der Sparsamkeit und der Einschränkungen eintreten. Die Regierung wird vom Parlament ausgedehnte Vollmachten verlangen. Die endgültige Festigung der Währung erfordere die Regelung der interalliierten Schulden. Die Verhandlungen mit England würden wieder aufgenommen werden. Die Vorlage über die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens liege dem Parlament bereits vor. Die Steuerlasten sollen gerechter verteilt und dadurch auch die Kapitalflucht verhindert werden. **In der auswärtigen Politik werde Briand sein Werk der Annäherung und der Wachsamkeit fortsetzen.** Die Regierung trete schließlich für Wiedereinführung des Arrondissementswahlsystems ein. (W. T. B.)

Poincarés Standpunkt in der Schuldenfrage.

Paris, 29. Juni. In dem Interview, das Poincaré einem Vertreter der Liberté gewährte, sagte der frühere Präsident der Republik u. a.: Wir, die wir Deutschland gegenüber so viel

Die Zukunft der belgischen Eisenbahnen.

Brüssel, 29. Juni. Das belgische Kabinett beendete gestern seine Beratungen über die Zukunft der belgischen Eisenbahnen. **Vom 1. September ab werden diese von einer Gesellschaft kontrolliert werden,** die unter dem Namen „Société nationale des chemins de fer belges" gebildet werden wird. Die von dieser Gesellschaft herausgegebenen Aktien sollen durch das Eigentum der Eisenbahnen garantiert werden. Die erste Ausgabe wird sich auf zwei Milliarden belgischer Franken belaufen. Dadurch ist es möglich, die am 1. Dezember fälligen 1800 Millionen Franken Staatsobligationen zurückzuzahlen. 3000 Angestellte sollen ausgezahlt und alle Angestellten über 60 Jahre pensioniert werden.